

---

## – Mitteilung für die Presse –

Wiesbaden, 12. März 2007

Am 8. März 2007 nahm die Kommission aus Bundestag und Bundesrat für die „Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ im Rahmen der Föderalismusreform II die Arbeit auf. Neben einer Lockerung der finanziellen Verflechtungen aufgrund des Steuerverbundes und des Finanzausgleichs soll es um die Entwicklung und Etablierung neuer Regeln zur Begrenzung der Staatsverschuldung gehen. Solche Regeln sind dringend erforderlich, da sich die bisherigen Normen – namentlich Artikel 115 Grundgesetz und die entsprechenden Vorschriften in den Landesverfassungen – als ungeeignete Verschuldungsbremsen erwiesen haben. Vor diesem Hintergrund wurde der Sachverständigenrat am 15. November 2006 vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie gebeten, mit einem wissenschaftlich fundierten Lösungskonzept für eine Begrenzung der öffentlichen Verschuldung zur Meinungsbildung in der Bundesregierung beizutragen. Mit der vorliegenden Expertise

### **„Staatsverschuldung wirksam begrenzen“**

ist der Sachverständigenrat diesem Auftrag nachgekommen.

Aufbauend auf einer Dokumentation der Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland, einem Überblick über die wichtigsten Befunde der Theorie der Staatsverschuldung und einer Bestandsaufnahme der Verschuldungsregeln in Deutschland werden Neuregelungen der Verschuldungsgrenzen für den Bund und die Länder entwickelt. Der Vorschlag umfasst drei Module.

- (1) Die Goldene Regel: Langfristige objektbezogene Verschuldungsbegrenzung
- (2) Die Schuldenschranke: Grenzen für die kurzfristige Verschuldung
- (3) Verfahrensregeln und Sanktionen

Ziel dieses Konzeptes ist es, die richtigen Elemente des Artikel 115 Grundgesetz und der analogen Vorschriften in den einzelnen Landesverfassungen — Nettoneuverschuldung allenfalls in Höhe der das öffentliche Vermögen erhöhenden Nettoinvestitionen und Verhinderung einer prozyklischen Haushaltspolitik — mit einer sanktionsbewehrten, an der trendmäßigen Entwicklung der regulären Staatseinnahmen orientierten Ausgabenpolitik zu verbinden.

Ein wichtiges Indiz für die Glaubwürdigkeit der Politik wird sein, ob mit neuen Regeln einer wirksamen Schuldenbegrenzung gleichzeitig auch wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen diese Regeln verabschiedet werden.

Die vollständige Expertise ist auf unserer Homepage heute ab 13:30 als Download verfügbar.